

# Scheitert die Universität Luxemburg an der Finanzierungsfrage?

## Ein erstes Opfer der Sparmaßnahmen der Regierung kündigt sich an

Seit Jahren streiten einheimische Wissenschaftler und Intellektuelle, Teile der Wirtschaft und die Bankenwelt für die Gründung einer Universität Luxemburg. Immer neue Argumente wurden ins Feld geführt, die den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und intellektuellen Nutzen einer solchen Institution für die zukünftige Entwicklung Luxemburgs untermauern sollten.

Doch keine Regierung traute sich an ein Projekt, das intellektuelle Kontrolle neben jener eines patriarchalen CSV-Regierungschefs und des *Luxemburger Wortes* zu etablieren versprach. Auch in der 1999er Regierungserklärung von CSV und DP kam das Thema nicht vor und noch im Juni 2000 äußerte *forum*-Premier Jean-Claude Juncker auf einem Rundtischgespräch seine prinzipielle Geringschätzung gegenüber der Idee, in Luxemburg eine Volluniversität aufzubauen.

Warum die Regierung in dieser Frage einen radikalen Meinungswechsel vollzog, lässt sich nur mutmaßen. Der Wunsch der zuständigen Ministerin, sich mit einer Universitätsgründung einen Platz in der Geschichte zu sichern, wäre durchaus nachvollziehbar. Wer träumt nicht davon, mit Leibniz und Humboldt in einem Atemzug genannt zu werden? Und die Angst vor dem Verlust der Deutungsmacht und geistigen Hegemonie, die in konservativen Kreisen in den 50er und 60er Jahren herrschte, war spätestens zu Beginn der 80er Jahre gegenstandslos, als die Informations- und Mediengesellschaft auch in Luxemburg zum Durchbruch kam. Möglicherweise hat jedoch die Einsicht, dass das Centre Universitaire durch seine irrlichternde Führungsmannschaft auch den letzten Rest akademischer Glaub-

würdigkeit und internener Kohäsion verbraucht hatte, die Dinge ins Rollen gebracht.

In atemberaubender Geschwindigkeit wurden nach der Ankündigung des Premierministers Jean-Claude Juncker am 3. Mai 2001 (vgl. *forum* Nr. 208) die Planungen für eine Universität Luxemburg vorangetrieben, die mit dem ewigen Provisorium Centre Universitaire *tabula rasa* machen sollten. Das Projekt einer Neugründung wurde von der zuständigen Ministerin auf einer Tagung im Mai 2002 in Bad Mondorf offiziell vorgestellt. Ein entsprechendes Hochschulgesetz sollte noch vor der Sommerpause dem Parlament vorliegen.

Ein Verwirrspiel über die Anzahl der Fakultäten (zuerst fünf, dann nur noch drei), über die potentiellen Standorte der dezentral gedachten Hochschule (Limpertsberg, Walferdange, Esch/Belval) und über deren allgemeinen gesellschaftlichen Auftrag (nur von der Wirtschaft nachgefragte Fächer oder auch auf den ersten Blick zweckfreie Angebote) zeigten Anfang des Sommers, dass das Projekt konzeptionell noch nicht ausgereift war. Der Ministerrat beschloss in der letzten Sitzung vor der Sommerpause, die Beratungen über die Universitätsgründung auf den Herbst zu vertagen.

Auch die Opposition hatte eindringlich davor gewarnt, ein solches kulturpolitisches Jahrhundertwerk innerhalb weniger Wochen übers Knie zu brechen. Und der seit wenigen Jahren erneuerte, nicht mehr nur aus Hobbywissenschaftlern bestehende Lehrkörper warnte angesichts der im Wochenrhythmus vorgelegten Konzepte vor unausgegorenen Entscheidungen. Der von

---

**Ist das ehrgeizige Unternehmen jetzt tatsächlich ins Stocken geraten? Vieles spricht dafür, dass nicht nur konzeptionelle sondern auch finanzielle Überlegungen die Verantwortlichen zögern lassen.**

---



der Ministerin 1998 eingesetzte, mittlerweile in Ungnade gefallene Präsident des *Conseil national de l'Enseignement supérieur* Robert Mackel, selber ein langjähriger Verfechter der Universitätsidee, empfahl der Regierung eine Denkpause einzulegen.

Ist das ehrgeizige Unternehmen jetzt tatsächlich ins Stocken geraten? Vieles spricht dafür, dass nicht nur konzeptionelle sondern auch finanzielle Überlegungen die Verantwortlichen zögern lassen.

Wie Prosper Schröder, der Präsident des IST, einer der Hochschulen, die in die künftige Universität integriert werden sollen, in einem Interview in der letzten Ausgabe von *forum* andeutete, wurde bei einer ersten Behandlung im Regierungsrat das Universitätsgesetz offenbar vertagt, weil es das Ministerium versäumt hatte, einen Finanzierungsplan vorzulegen. Auch eine erneute Behandlung des Gesetzes im Ministerrat am 14. Oktober verlief ergebnislos. Eine Pressekonferenz in der selben Woche wurde kurzfristig abgesagt, weil das Ministerium nach eigenen Worten seine "Hausaufgaben" nicht gemacht hatte.

Es handelt sich allerdings nicht um eine einfache Hausaufgabe, dem Ministerrat ein stimmiges Budget und einen Finanzierungsplan für das Universitätsprojekt vorzulegen, denn es sind nicht

nur die erheblichen Funktionskosten einer Universität abzuwägen sondern auch die Baukosten, die sich aus der Wahl des Standortes Esch/Belval ergeben. Bislang wurden hierzu keinerlei Schätzungen veröffentlicht.

Darüber hinaus ergeben sich Kosten aus der höheren Qualifikation, die man durch vollständige Studiengänge in einigen Bereichen anstrebt; das Schulministerium würde beispielsweise in den Primärschulen in Zukunft mit Lehramtsanwärtlern konfrontiert sein, die eine vierjährige Hochschulausbildung hinter sich haben (durch die Aufwertung des ISERP von der Fachhochschule zur Universität). Diese jungen Lehrer werden dementsprechend im Grad höher klassiert werden müssen - eine zusätzliche, dauerhafte Belastung des Staatsbudgets...

Der Ruck, der vor vier Wochen durch Politik und Öffentlichkeit ging, als das STATEC die Wachstumsergebnisse der luxemburgischen Wirtschaft für 2001 noch einmal nach unten revidierte, hat zu einer neuen Ausgangslage geführt. Selbst Germain Dondelinger, der im Hochschulministerium mit dem Dossier betraut ist, spricht von einem "Paradigmenwechsel", da die Situation als reiches Land nicht mehr gesichert wäre.

Sollte die Regierung angesichts schwindender Steuereinnahmen tatsächlich in den nächsten Monaten ihre Investitionspläne zurückschrauben, wird sie aller Voraussicht nach als erstes Abstriche an der intellektuellen Infrastruktur des Landes machen. Einfach weil hier (anders als etwa im Straßenbau) die Lobby über wenig Einfluss verfügt und (nebenbei bemerkt) die zuständige Ministerin Anfang kommenden Jahres als Parteipräsidentin der CSV abtritt. Den luxemburgischen Hochschulplänen könnte eine mehrjährige Verzögerung drohen.

Während dessen dient die nicht existierende "Universität Luxemburg" anderen schon mal als Aushängeschild. Die Anfang Oktober offiziell gegründete *Luxembourg School of Finance* (eine Initiative der ABBL) bezeichnet sich auf ihrer Website und in Prospekten als "die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Luxemburg".

Diese "Fakultät" dürfte zumindest keine Finanzierungsprobleme haben, belaufen sich doch die für berufsbegleitende Diplome verlangten Studiengebühren auf satte 17.500 Euro. Die Vereinigung der Hochschullehrer sah sich zur Frage genötigt, ob Professoren bei diesen Eintrittspreisen wirklich die Freiheit hätten, ihren Studenten das Abschlussdiplom zu verweigern.